

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 24

Artikel: Mehr Samisdat als je : ein ungarischer Korrespondent über die inoffizielle Medienlandschaft der UdSSR
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093728>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein ungarischer Korrespondent über die inoffizielle Medienlandschaft der UdSSR

Mehr Samisdat als je

Die Meinung, dass die Glasnost in der UdSSR das Samisdat-Schrifttum erübrige, erweist sich offenbar als irrig. Man zählt dort heute mehr inoffizielle Zeitungen als je. Das hängt damit zusammen, dass man sie heute bis auf Ausnahmefälle toleriert, aber auch damit, dass die bestehenden offiziellen Zeitungen das Spektrum der Leserbedürfnisse immer noch nicht abdecken.

Der folgende Beitrag von Istvan Kulcsar erschien in der Budapester Zeitung «Magyarország» vom 27. 10. 1989.

Als Augenzeuge konnte ich in Vilnius sehen, wie irgendwelche Aktivisten auf offener Strasse die in Paris erscheinende «Russkaja Mysl» verkauften. Die russischsprachige Zeitung ist zwar entgegen früheren Vorstellungen zwar nicht «rechtsstehend», aber ein typisches Emigrantenprodukt ist sie doch. Ferner konnte ich als Augenzeuge in Moskau sehen, wie der Demokratische Verband, in Wirklichkeit eine parteifeindliche Organisation, auf öffentlichen Plätzen seine Samisdat-Schriften vertrieb, das Programm der alternativen Volksfront und andere Dokumente.

Solche Materialien werden, ähnlich wie auch die unterschiedlichen alternativen Zeitungen, privat vervielfältigt, in häuslicher Arbeit. Aber es gibt auch anderes. Zum Beispiel die Prospekte, welche für den Wiederaufbau der seinerzeit von den Bolschewiken gesprengten Moskauer Erlöserkirche werben, wofür man öffentliche Spendensammlungen durchführt. Nicht nur kommen die hierbei verteilten Drucksachen mittels offizieller Institutionen zustande, sie werden pikanterweise sogar in militärischen Druckereibetrieben hergestellt.

Unabhängige Zeitungen

Auf dem Moskauer Puschkinplatz, vor der Redaktion der «Moskowskije Nowosti», ist sozusagen der zweite Hyde Park Corner der Hauptstadt entstanden; der erste in der Fussgängerzone vom alten Arbat funktioniert kaum mehr. Vor kurzer Zeit noch wurden die Samisdat-Verkäufer vom Puschkinplatz dann und wann polizeilich «eingesammelt»; später begnügte man sich mit der sporadischen Erhebung von Bussgeldern wegen «Strassenverkaufstätigkeit ohne

Genehmigung», und der Inhalt der verbreiteten Schriften steht dabei nicht zur Diskussion.

Auch an diesem Beispiel sieht man, wie die Kontrolle über das inoffizielle Schrifttum aufgehört hat. Zwar sind die früheren Zensurgesetze und Pressebestimmungen nicht ausser Kraft gesetzt, aber auf ihre strikte Anwendung verzichtet man. Sowjetische Samisdat-Schriften werden heute vorzugsweise alternative oder unabhängige Veröffentlichungen genannt. Im Normalfall enthalten sie Namen und Adresse ihrer Herausgeber, aber diese werden heute in ihren Wohnungen von niemandem mehr behelligt, es sei denn von interessierten Lesern.

Offizielle Angaben über die Organisationsstruktur der Sowjetzensur sind praktisch unerhältlich, denn diese Institution unterliegt der Zensur zuallererst; ihre Verbotslisten werden in den Redaktionen von Zeitungen und Zeitschriften, von Radio und Fernsehen gehütet. Die Grosse Sowjetzyklopädie widmet 150 Zeilen der vorrevolutionären Zensur, aber nur 10 Zeilen der seitherigen Zensur, und zwar nicht unter diesem Namen, sondern als «Schutz der Staatsheimnisse».

Dagegen fehlt die Erwähnung der Tatsache, dass es in der Sowjetunion seit langem eine schier uferlose Organisation gibt, deren umständliche Bezeichnung als «Hauptverwaltung für Literatur» unter dem Kürzel Glawlit bekannt ist; mit diesem ursprünglichen Euphemismus operiert man im Pressejargon noch heute. Aber Glawlit ist in der Tat das Organ der offiziellen Vorzensur.

Indessen ist das Eis des Verschweigens gebrochen, und auf die Tatsache, dass die Zensur besteht, wird heute öffentlich hingewiesen. «Wjek XX i Mir» (Das 20. Jahrhundert und der Friede), die progressive Zeitschrift des sowjetischen Friedenskomitees, hat eine öffentliche Diskussion mit der Zensurbehörde aufgenommen. Es kam zu Streichungen am schon gesetzten Text, und die Redaktion vermerkte das. Als sich ferner sowohl das Erscheinen als auch die Zulieferung der Zeitschrift verspätete, schrieb die Redaktion ausdrücklich, dafür trage sie die Verantwortung zusammen mit der Glawlit. So etwas wäre früher unvorstellbar gewesen.

Zurzeit wird nur die offizielle Presse zensuriert, während sich die «unabhängige» Presse der Zensur entzieht. Man sagt, dass sich die Zensur auch bei der offiziellen Presse nicht mehr einmische, und im allgemeinen trifft das zu. Aber es kann auch anders kommen, wie der Fall von «Wjek XX» beweist. Selbst die Aussage, dass sich die Zensur heute auf den Schutz militärischer Geheimnisse beschränke, ist hier unbehelflich, denn es besteht kein Grund zur Annahme, dass sich die gestrichenen Stellen beim Text der fraglichen Zeitschrift auf Militärgeschäfte beziehen können.

Andererseits ist auch die Freiheit der Samisdat-Veröffentlichungen nicht schrankenlos. Sie können nicht darauf zählen, ungehindert gegen die Verfassungsbestimmungen zu verstossen. Einige extreme Veröffentlichungen schüren zum Beispiel systematisch den nationalen Hass, was nach geltendem Recht



Die «Prawda» – entspricht nicht den Wiener Verträgen. Bild und Bildlegende aus der ungarischen Quelle.

ein Delikt ist, und dann wird fallweise eingeschritten.

Zu einem Gespräch am runden Tisch lud die Redaktion von «Moskowskije Nowosti» kürzlich jene Kollegen ein, die unter ihren Fenstern unabhängige Zeitungen verkaufen. Vertreten waren da Samisdatzeitungen verschiedener informeller Perestrojklubs, ferner der anarchosyndikalistischen Föderation Obschtschina und der Grünen aus Kujbischew mit ihrer Gruppe Treti Put (Dritter Weg), aber anwesend waren auch die Redaktoren zweier israelfeindlicher Zeitungen und einer zionistischen Veröffentlichung.

Der kompetenteste Teilnehmer zum Thema Samisdat war wahrscheinlich Alexander Sujetnow, denn er gibt den «Nessawisimi Bibliograf» heraus, der alle Samisdatveröffentlichungen zu registrieren sucht. Anlässlich des bewussten Gesprächs, über das die «Moskowskije Nowosti» einen zweispaltigen Bericht brachten, sagte er:

«Der 'Nessawisimi Bibliograf' entstand im Januar dieses Jahres und gibt eine Übersicht über die unabhängige oder alternative Presse. Diese erlebt zurzeit eine Blüte. Vor 1987 gab es zwischen 10 und 20 solcher Veröffentlichungen, aber jetzt habe ich Kenntnis von 548 alternativen Zeitungen allein schon in russischer Sprache. Wir stehen einer neuen gesellschaftlichen Erscheinung gegenüber, aber von ihr nehmen die offizielle Presse und die offiziellen Instanzen kaum Kenntnis. Und wenn sie es doch tun, behandeln sie diese Publikationen oft genug

im alten Denunziantenstil, laut welchem Andersdenkende gefälligst den 'Geist der Agenten des Imperialismus' zu atmen hatten.»

Vielleicht sollte man noch beifügen, dass es nicht ausschliesslich offizielle Instanzen sind, welche inoffizielle Publikationen mit diesem Argwohn betrachten.

Schichteninteressen

In der «Prawda» erschien kürzlich zu diesem Thema eine Zusammenfassung von Leserbriefen. Die Zusammenstellung besorgte Juri Schukow, ein seinerzeit sehr lautstarker Publizist der stalinschen, chruschtschowschen, bresnewschen und gorbatschowschen Perioden. Er zitiert zum Beispiel einen Leser aus Nowoaltajsk, einen gewissen T. Tomaschenko, Parteimitglied seit 1961. Dieser zeigt sich tief empört darüber, dass in Nr. 18 der alternativen Zeitung Zeitung «Swobodne Slowo» (Freies Wort) eine «niederträchtige Schmähchrift» über M. S. Gorbatschow erschienen sei. Ein anderer Briefverfasser ist F. Romasow aus Leningrad, 92 Jahre alt, Veteran zweier Revolutionen und vierer Kriege, hat einmal Lenin persönlich getroffen. Dieser Mann hat in einer «schmutzigen kleinen Zeitung» einen Angriff auf die Perestrojka diagnostiziert, nämlich den Versuch, durch Verunglimpfung des Sozialismus das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Der «Bibliograf»-Herausgeber Sujetnow teilt die heutigen nichtzensierten Zeitungen

in drei Kategorien ein: gesellschaftlich-politische, religiös-philosophische und literarisch-künstlerische Veröffentlichungen. Die Zahl der Samisdatveröffentlichungen politischen Inhalts wird vom «Bibliograf» auf 200 geschätzt; gut drei Viertel von ihnen verfügbaren über eine erkennbare politische Plattform.

Das trifft zum Beispiel auf die Zeitungen «Glasnost» und «Referendum» zu, die Sujetnow als «liberaldemokratisch im westlichen Sinn» bewertet. Einer «gemässigt zentralistischen» Richtung folgen seiner Meinung nach «Panorama» und «Graschdankoje Dostoinstwo», und die Samisdatzeitung der Moskauer Volksfront, die «Express-Chronik», wird als «radikal-demokratisch» charakterisiert. Die gleiche Zuordnung erhalten «Lewi Poworot» und «Otkritaja Zona», das Organ einer Gruppe für Demokratische Perestrojka. «Otkritaja Zona» heisst direkt Offene Zone, ermöglicht aber auf russisch ein Wortspiel mit Straflager-Eröffnung.

Ein Teil der unabhängigen Veröffentlichungen mit gesellschaftlich-politischer Thematik wünscht die Interessen und Meinungen von bestimmten Gruppen oder Schichten wiederzugeben. Dazu gehören zum Beispiel die Zeitung des Klubs der Moskauer Wähler, die Zeitung einer Gruppe der Kämpfer für Vertrauen zwischen Ost und West und mehrere Zeitungen, welche sich im Namen der Moskauer Arbeiterschaft für Belegschaftsbelange und dergleichen einsetzen. Feministische Anliegen wiederum vertritt eine unabhängige Presseagentur mit Sitz in der Stadt Juschno-Sabalinsk.

Sujetnow macht keinen Hinweis auf die inoffiziellen Zeitungen, die in den nichtrussischen Sowjetrepubliken erscheinen, zum Beispiel im Baltikum. Dabei handelt es sich meistens um Volksfrontzeitungen, die sowohl in der jeweiligen nationalen Sprache als auch in russischer Sprache erscheinen; sie sind drucktechnisch hervorragend und haben gutes Papier. (*Die Volksfrontzeitungen in den baltischen Ländern sind die Organe der dortigen Mehrheitsgruppierungen und lassen sich kaum in einem Atemzug mit den Publikationen diverser grösserer oder meist kleinerer Gruppen in Russland nennen; trotz ihres ausseramtlichen Status sind sie überaus repräsentativ; Red. ZB*)

Das Pressegesetz kommt

Die Bezeichnung «nichtzensierte Presse» dürfte in der Sowjetunion bald ihren Sinn verlieren, weil mit dem kommenden ersten Pressegesetz voraussichtlich jegliche Publikation von der Zensur befreit sein wird.

Im Auftrag der zuständigen Unterkommision des Obersten Sowjets haben drei Moskauer Juristen den Entwurf ausgearbeitet. Die «Komsomolskaja Prawda» bemerkt dazu: «Die Notwendigkeit eines Pressegesetzes hatten die Bolschewiken schon im Jahre



Plattformen. («Ludas Matgi», Budapest, 25. 10. 1989)

1917 verkündet.» Die Debatte über den Entwurf bildet jetzt das 32. und letzte Traktandum der laufenden Parlamentssession, aber wahrscheinlich wird es schon aus zeitlichen Gründen aus der Tagesordnung fallen, es sei denn, dass eine Vorbehandlung in Form einer ersten Lesung erfolgen kann. *(Tatsächlich ist das Pressegesetz vom Obersten Sowjet noch nicht behandelt worden.)*

Indessen hat die gesetzvorbereitende Kommission des Obersten Sowjets den fraglichen Entwurf dem Rat bereits zugänglich gemacht, und aus den ersten Reaktionen der Abgeordneten ergibt sich, dass eine Mehrheit mit dem vorgeschlagenen Text in der Hauptfrage der Zensurabschaffung einverstanden ist. Nicht so W. A. Baldirjew, der Glawlit-Chef. Er beantragt, aus dem Entwurf den Satz zu streichen, in welchem steht: «Es ist untersagt, die Massenmedien zu zensurieren.» Er empfiehlt lediglich, im Gesetz die Tätigkeit der Glawlit zu «präzisieren».

In der Sowjetunion ist ein Rat gebildet worden, der damit beauftragt ist, die Einhaltung der Bestimmungen des Wiener Schlussdokuments *(die KSZE-Vereinbarungen von 1988)*

zu überwachen. Dieser Kontrollrat hat in der – vorderhand freilich immer noch zensurierten – Sowjetpresse eindeutig erklärt, das Bestehen der Zensur widerspreche dem auch von der UdSSR unterzeichneten Wiener Schlussdokument. Und mit der Unterschrift ihrer Delegierten habe sich die Sowjetunion vorgenommen, ihre eigenen Gesetze mit jenen Vereinbarungen in Übereinstimmung zu bringen.

Das ist ein logisches Argument, und dazu kommt noch eine günstige Prognose. Soweit sich die jetzige Stimmungslage der Abgeordneten eruieren lässt, wird sich eine Mehrheit für ein Pressegesetz finden, das entweder die Zensur überhaupt nicht erwähnt (und ihr somit stillschweigend die gesetzliche Grundlage abspricht) oder sie ausdrücklich verbietet.

Noch stellt sich freilich das zeitliche Problem. Wann kommt es zur endgültigen Annahme des Gesetzentwurfs? Wie lange lassen sich die formell gültigen Zensurmassnahmen im Bedarfsfall noch anwenden? Das sind praktische Fragen, und bei diesen Gedanken die Bürokraten noch mitzureden. ■

DER KOMMENTAR

Zum Pressegesetz

Das Pressegesetz ist in der Sowjetunion seit November 1917 «aktuell». Damals hat Lenin feierlich versprochen, Sowjetrußland werde die beste, demokratischste Presse haben, auf der Grundlage eines modernen Pressegesetzes.

Anstelle des Pressegesetzes kam es aber schon im Februar 1918 zum Pressetribunal, das ohne Rechtsvorschriften die nichtkommunistischen Presseorgane – vor allem die Zeitungen der «verbündeten» Parteien, der Sozialrevolutionäre (SR) und der Kadetten (Konstitutionellen Demokraten) – verbot.

Nachher gab es keine Notwendigkeit mehr, ein Pressegesetz zu erlassen. An seiner Stelle entstanden in allen Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen, Druckereien und Verlagen die Zensurabteilungen unter der Leitung der Glawlit, der Hauptverwaltung für Literatur.

Nach 72 Jahren wurde endlich der Entwurf des Pressegesetzes erarbeitet, merkwürdiger-

weise aber der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung gestellt, obwohl das vor drei Jahren verabschiedete Gesetz über die «Volksaus-sprache» verlangt, dass alle wichtigen Gesetzentwürfe dem Volk zur Diskussion unterbreitet werden sollten. Jetzt kamen nur einige Journalistenkreise zu diesem Entwurf.

Das «vollkommenste Werk» von Lenin und Stalin, die Zensur, ist mit gewissen Kürzungen bis heute noch gültig. Die Liste der verbotenen Berichte, Namen, Ereignisse und sogar Ortschaften wurde lediglich in letzter Zeit um ein Drittel gekürzt.

Bloss die «alternativen Zeitungen» – früher als illegal bezeichnet – sind zensurfrei.

Angesichts der riesigen Entwicklung der Presse ist aber anzunehmen, dass trotz langer Streitigkeiten zwischen Konservativen und Reformern das versprochene Pressegesetz nach gut 72 Jahren endlich zustande kommt. *Laszlo Revesz*



Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Telefon 031 43 12 12
Telefax 031 43 38 91

Postcheck Zeitbild 30-24616-5
Banken: Spar + Leihkasse Bern 1.534.002.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10)
0782409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Forschung, Information und Dokumentation

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder, Trudy Gasser

Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 54.–
Studenten, Lehrlinge und Schuler Fr. 32.–
Einzelnnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland Europa und Mittelmeerlande

Jahresabonnement sFr. 59.–/DM 70.–
Luftpost sFr. 64.–
Studenten, Lehrlinge und Schuler sFr. 37.–/DM 44.–
Einzelnnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 69.–

Wissenschaftlich-redaktionelle Mitarbeiter SOI

Prof. Dr. Laszlo Revesz, Dr. Max Keller, Ian Tickle,
Saulo Herrero, Georg Bruderer, Jürg L. Steinacher,
Jacques Baumgartner, Dr. Jerzy Bahr

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenliste Nr. 12

Druck und Versand

Hallwag AG Bern,
Nordring 4, 3001 Bern

Weitere SOI-Informationstätigkeit

SOI-Bilanz (monatliche Hintergrundinformation und Kurzanalyse der internationalen Lage)

Etudes politiques (Monatszeitschrift)

Artikeldienste für die Presse der 3. Welt:

Swiss Press Review and News Report
(für Asien und Afrika)

Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (für Afrika)

Revista de la Prensa Suiza y Noticiero
(für Lateinamerika)

Nashrat as-Sahafa as-Swissaria
(für arabische Länder)

Expertisen

Referentendienst

Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI

Verlag SOI (Taschenbuchreihe TM, Sonderdrucke usw.)

Buchhandlung SOI